

**Ausschöpfung der Möglichkeiten öffentlicher Zuschussgewährung für die Stadtentwicklung  
- Entscheidung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2005**

---

**Beschluss: (einstimmig)**

**Die Verwaltung wird beauftragt, für beschlossene Maßnahmen Zuschussmöglichkeiten zu überprüfen und gegebenenfalls Anträge zu stellen.**

- - -

Mit Schreiben vom 07.07.2005 stellte die CDU-Fraktion den Antrag,

„der Gemeinderat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, unverzüglich alle Möglichkeiten der öffentlichen Zuschussgewährung für die Stadtentwicklung durch das Land zu überprüfen und hierzu unverzüglich die geeigneten Anträge zu stellen.“

**Begründung:**

Dieser Antrag wird als Ergänzungsantrag gem. § 21 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat gestellt im Hinblick auf den TOP 1 der nichtöffentlichen Verwaltungsausschusssitzung am 12.07.2005 (Entwicklung eines Leitbildes). In dieser Vorlage heißt es nämlich, dass Ziel aller Bemühungen sein müsse, gemeinsam nach Lösungen für eine lebenswerte Zukunft zu suchen. Dabei gelte es, „konkrete Vorschläge“ nicht nur für die Kernstadt, sondern für die gesamte Stadt Ettlingen mit allen Stadtteilen zu entwickeln.

Weiter heißt es in der Vorlage:

Zur Erreichung dieser Zielsetzung sollte eine Stadtentwicklungskonzeption (Leitbild) für Ettlingen erarbeitet werden, deren zentrale Bestandteile die Festlegung einer gemeinsamen Strategie zu Stadtentwicklung ist. Wichtig dabei sei eine pragmatische und umsetzungsorientierte Vorgehensweise, die auch bereits „konkrete Projekte“ zum Inhalt hat. Denn auch bei einem langfristigen und nachhaltigen Konzeptansatz seien ausgewählte „spürbare“ Sofortmaßnahmen ein wichtiger Garant für Motivation, Ausdauer und Erfolgserlebnisse der Beteiligten. Das Leitbild biete als Stadtmarketinginstrument einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung für Ettlingen.

Der Ehrenbürger der Stadt Ettlingen, Herr Dr. Erwin Vetter, hat in seinen 10 Thesen zur Erneuerung unseres „Alten Ettlingen“ vom 20. Juni 2005 in These 8 folgendes gefordert:

*Zur Finanzierung habe ich bei einem Gespräch im März beim zuständigen Ministerium Bereitschaft gefunden, eine zweite Stadtsanierung in das Zuschussprogramm des Landes aufzunehmen. Einen solchen Antrag habe ich damals vorgeschlagen; er sollte jetzt umgehend vorbereitet und unverzüglich gestellt werden.*

Es ist darauf hinzuweisen, dass alle Fraktionen, insbesondere auch die Fraktionen von FE und SPD bei ihrem Antrag zur Leitbildentwicklung, der Grundlage dieses Tagesordnungspunktes ist, sich in der Öffentlichkeit hinter die Vorschläge von Herrn Dr. Vetter zur weiteren Stadtentwicklung gestellt haben, deren Bestandteil aber die Forderung ist, eine zweite Stadtsanierung in das Zuschussprogramm des Landes aufzunehmen und die erforderlichen Anträge hierzu umgehend vorzubereiten und unverzüglich zu stellen. Der Sachzusammenhang mit TOP 1 der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.07.2005 ist damit gegeben.

Mit diesem Antrag soll die Prüfung aller Möglichkeiten der öffentlichen Zuschussgewährung sicher gestellt werden, damit rechtzeitig insoweit alle Potentiale durch die Stadt Ettlingen ausgeschöpft werden, ehe die Förderung des Landes angesichts dessen desolater Haushaltslage zu versiegen drohen.“

- - -

#### Stellungnahme der Verwaltung:

In der beiliegenden Anlage „Übersicht über die Zuschüsse“ sind die Maßnahmen ersichtlich, deren Antragstellung ab Juli 2003 erfolgt ist. Insgesamt handelt es sich um 40 Maßnahmen, von denen 12 bereits abgeschlossen werden konnten. Erkennbar wird hieraus auch, dass die Verwaltung die in Frage kommenden Förderprogramme stets geprüft und ggf. in Anspruch genommen hat.

**Die Verwaltung schlägt daher vor, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Verwaltung für beschlossene Maßnahmen Zuschussmöglichkeiten überprüft und ggf. Anträge stellt.**

- - -

Der Verwaltungsausschuss hat dem Antrag in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 12.07.2005 zugestimmt.

- - -

Stadtrat Foss erläutert den Antrag seiner Fraktion und weist darauf hin, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollten, nicht nur wie der Verwaltungsvorschlag beinhaltet, für beschlossene, sondern für alle Maßnahmen.

Stadtrat Deckers bedauert, dass in dem Antrag keine konkreten Projekte benannt werden würden. Er ist der Meinung, dass die Verwaltung die Förderprogramme jeweils prüfen und gegebenenfalls in Anspruch nehmen würde und lehnt daher den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Auch für Stadtrat Hinse ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Maßnahmen auf mögliche Förderprogramme hin geprüft werden und lehnt den Antrag daher ab.

Stadträtin Saebel erklärt, sie stimme dem ersten Teil des Antrages zu, Zuschüsse für die Stadtentwicklung zu überprüfen. Den zweiten Teil des Antrages -die unverzügliche Stellung der geeigneten Anträge- sehe sie problematisch. Sie schlägt daher vor, dass mögliche Zuschüsse aufgezeigt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden sollten. Sie begründet dies damit, dass bei der Antragstellung auch die Komplementärfinanzierung berücksichtigt werden müsse.

Stadträtin Lumpp erklärt, sie traue der Verwaltung zu, dass diese über die Zuschussmöglichkeiten informiert sei und lehnt den Antrag, auch hinsichtlich des morgigen Termins, ab. Nach ihrer Meinung sei dieser Antrag nur eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltung.

Stadtrat Künzel vertritt die Meinung, dass in jeder Sitzung hinterfragt werde, ob die Verwaltung ihre Hausaufgaben mache. Er weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion künftig qualifizierte Anträge stellen solle, da die Zahl der Anträge derzeit Überhand nehme.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert, dass für einen Zuschussantrag ein konkretes Projekt vorliegen und die Co-/Komplementär-Finanzierung stehen müsse. Als Beispiel führt sie die Buhl'sche Mühle an. Sie berichtet, dass Zuschussmöglichkeiten vorab im Zuge der Haushaltsplanberatung für das nächste Haushaltsjahr überprüft werden würden. Meist handle es sich hierbei um Baumaßnahmen bzw. speziell ausgewiesene Vorhaben. Hier finde eine Prüfung einerseits durch das Fachamt statt, andererseits auch durch die Finanzverwaltung. Im laufenden Betrieb würden mögliche Förderprogramme auf Grundlage der Sitzungsunterlagen für den Verwaltungsausschuss, für den Ausschuss für Umwelt und Technik sowie für den Gemeinderat überprüft. Mögliche Förderprogramme würden, auch oft schon bereits im Planungsstadium in Betracht gezogen, da oftmals die Antragsfristen mehrere Monate, bis zu einem Jahr, vor dem Maßnahmenbeginn enden.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker nennt als Beispiel die „Rheinlandkaserne“. Hier sei ein Zuschuss möglich gewesen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Bei diesen Maßnahmen würden die Kommunen üblicherweise erst bei der zweiten Antragstellung berücksichtigt, daher werde dieser im laufenden Jahr nochmals gestellt werden.

Stadträtin Riedel ist verwundert darüber, wie viele Aktivitäten im Gemeinderat plötzlich zu verzeichnen seien. Insbesondere die CDU-Fraktion solle ihre Anträge selbst formulieren und nicht ständig Herrn Dr. Vetter zitieren.

Stadträtin Zeh stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte und Abstimmung.

Der Gemeinderat stimmt dem mehrheitlich zu.

Bei der anschließenden Abstimmung wird der Antrag von Stadträtin Saebel mit 22:17 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Gabriela Büsselmaker  
Oberbürgermeisterin

- - -

Ji/La

3. August 2005

1. Finanzverwaltung zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung.

2. Z. d. A.

Im Auftrag:

Jilg